

Revision Bürgerrechtsgesetzgebung – Vernehmlassungsentwurf des Regierungsrats vom 6. September 2016

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	Revision Bürgerrechtsgesetzgebung	
	<i>Das Volk bzw. der Kantonsrat des Kantons Obwalden</i> <i>beschliesst:</i>	
	I.	
	1. Der Erlass GDB 101.0 (Verfassung des Kantons Obwalden [Kantonsverfassung] vom 19. Mai 1968) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:	
<p>Art. 70 Sachbefugnisse</p> <p>¹ In die Zuständigkeit des Kantonsrates fallen sodann:</p> <p>...</p> <p>11. die Aufnahme von Ausländern ins Kantonsbürgerrecht;</p> <p>...</p>		11. <i>Aufgehoben</i>
<p>Art. 76 Regierungsbefugnisse</p> <p>¹ Der Regierungsrat ist die oberste vollziehende Behörde des Kantons; ihm obliegt die Erledigung aller Geschäfte, welche zu den Attributen einer Regierung gehören. Er vertritt den Kanton nach aussen.</p> <p>² Er ist namentlich befugt:</p> <p>...</p>		

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>11. über die Aufnahme von Schweizerbürgern ins Kantonsbürgerrecht und die Entlassung aus dem Kantonsbürgerrecht zu entscheiden;</p> <p>...</p>		<p>11. <i>Aufgehoben</i></p>
<p>Art. 98 Befugnisse</p> <p>¹ In die Zuständigkeit der Bürgergemeindeversammlung fallen:</p> <p>1. auf die Amtsdauer von vier Jahren die Wahl eines aus fünf bis neun Mitgliedern bestehenden Bürgergemeinderates;</p> <p>2. die Aufnahme von Ausländern ins Gemeindebürgerrecht.</p> <p>² Die weiteren Befugnisse richten sich sinngemäss nach den Bestimmungen über die Einwohnergemeinde.</p>		<p>^{1a} Die Bürgergemeindeversammlung kann in der Gemeindeordnung die Zuständigkeit für die Aufnahme von Ausländern ins Gemeindebürgerrecht dem Bürgergemeinderat oder einer Einbürgerungskommission übertragen.</p> <p>^{1b} Überträgt sie diese Befugnis einer Einbürgerungskommission, kann sie dieser in der Gemeindeordnung auch die Zuständigkeit für die Aufnahme von Schweizern ins Gemeindebürgerrecht zuweisen.</p>
	<p>2. Der Erlass GDB <u>111.2</u> (Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts [Bürgerrechtsgesetz] vom 17. Mai 1992) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Gesetz über den Erwerb und den Verlust des</p>		

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz)		
vom 17. Mai 1992 (Stand 1. Januar 2013)		
<i>Das Volk des Kantons Obwalden erlässt,</i>		
in Ausführung von Artikel 44 Absatz 2 der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 ¹⁾ und des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts, Fassung vom 23. März 1990 ²⁾ , sowie gestützt auf Artikel 16 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 ³⁾ ,	in Ausführung von Artikel 44 38 Absatz 2 der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 ^{18. April 1999} ⁴⁾ und des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des <u>das</u> Schweizer Bürgerrechts, Fassung <u>Bürgerrecht</u> vom 23. März 1990 ^{20. Juni 2014} ⁵⁾ , sowie gestützt auf Artikel 16 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 ⁶⁾ ,	
<i>als Gesetz:</i>		
Art. 1 Geltungsbereich ¹ Für den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts von Gesetzes wegen, für die Wiedereinbürgerung und die erleichterte Einbürgerung ist ausschliesslich das Bundesrecht massgebend.		

1) SR 101
 2) SR 141.0
 3) GDB 101.0
 4) SR 101
 5) SR 141.0
 6) GDB 101.0

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>² Die ordentliche Einbürgerung richtet sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes sowie nach den Mindestvorschriften des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts⁷⁾ (nachfolgend Bundesgesetz genannt).</p> <p>³ Die Voraussetzungen und das Verfahren für den Erwerb und den Verlust des Gemeindebürgerrechts, soweit das Kantonsbürgerrecht davon nicht betroffen ist, regelt die Gemeinde.</p>	<p>² Die ordentliche Einbürgerung richtet sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes sowie nach den Mindestvorschriften des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des <u>und seiner Ausführungserlasse. Soweit diese keine Bestimmung enthalten, gilt sinngemäss das Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrechts Bürgerrecht (BüG)⁸⁾ sowie seine Ausführungserlasse</u> (nachfolgend Bundesgesetz <u>Bundesrecht</u> genannt).</p> <p>^{2a} Wo sich das Bundesrecht auf die schweizerischen Verhältnisse bezieht, sind auch die kantonalen und kommunalen Verhältnisse gemeint.</p>	
	<p>Art. 1a Einbürgerungsorgane</p> <p>¹ Die kommunalen und kantonalen Einbürgerungsorgane bestimmen sich nach der Kantonsverfassung.</p>	<p>¹ Die kommunalen und kantonalen Einbürgerungsorgane bestimmen sich nach der Kantonsverfassung <u>Als kantonales Einbürgerungsorgan amtiert eine Einbürgerungskommission.</u></p> <p>² Das kommunale Einbürgerungsorgan bestimmt sich nach Art. 98 und Art. 99 der Kantonsverfassung.</p>
<p>Art. 4 Bürgerrechtserwerb</p> <p>¹ Nichtkantonsbürger können das Kantons- und Gemeindebürgerrecht nur gemeinsam erwerben.</p> <p>² Voraussetzung für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts ist die Zusicherung eines Gemeindebürgerrechts.</p>	<p>Art. 4 Bürgerrechtserwerb <u>Bürgerrechte</u></p>	

⁷⁾ SR 141.0

⁸⁾ SR 141.0

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>³ Die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts erlischt, wenn nicht innert zwei Jahren das Kantonsbürgerrecht erworben wird.</p>	<p>³ Die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts erlischt, wenn nicht innert zweidrei Jahren das Kantonsbürgerrecht erworben<u>zugesichert</u> wird.</p>	
	<p>Art. 4a Erwerb</p> <p>¹ Einbürgerungsgesuche sind bei der Gemeinde des Wohnsitzes einzureichen.</p> <p>² Hat das kommunale Einbürgerungsorgan das Gemeindebürgerrecht zugesichert, ist das Gesuch dem Kanton zur Erteilung des Kantonsbürgerrechts weiterzuleiten.</p> <p>³ Kann das Kantonsbürgerrecht einem Ausländer zugesichert werden, ist das Gesuch den Bundesbehörden zur Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung weiterzuleiten. Andernfalls hat das kantonale Einbürgerungsorgan direkt über das Gesuch zu befinden.</p> <p>⁴ Mit dem kantonalen Einbürgerungsentscheid werden alle betroffenen Bürgerrechte erworben.</p> <p>⁵ Wird das Kantonsbürgerrecht nicht erteilt, so fällt die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts dahin.</p>	
<p>Art. 5 Wohnsitzerfordernisse</p> <p>¹ Für Ausländer gelten die Wohnsitzerfordernisse des Bundesgesetzes. Von den in der Schweiz verbrachten Jahren müssen mindestens fünf im Kanton verlebt worden sein.</p>	<p>Art. 5 Wohnsitzerfordernisse<u>Aufenthalt und Wohnsitz</u></p> <p>¹ Für Ausländer gelten die Wohnsitzerfordernisse des Bundesgesetzes. Von den in der Schweiz verbrachten Jahren müssen mindestens fünf im Kanton verlebt worden sein.<u>müssen unmittelbar vor Gesuchseinreichung einen mindestens fünfjährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Kanton und in der gleichen Gemeinde aufweisen. Es gelten die Aufenthaltserfordernisse des Bundesrechts.</u></p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>² Die Erleichterungen gemäss Art. 15 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes gelten ebenfalls.</p> <p>³ Schweizerbürger müssen einen mindestens dreijährigen ununterbrochenen Wohnsitz im Kanton nachweisen.</p>	<p>² Die Erleichterungen gemäss Art. 15 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes <u>10 BüG</u> gelten ebenfalls.</p> <p>³ Schweizerbürger müssen <u>unmittelbar vor Gesuchseinreichung</u> einen mindestens dreijährigen ununterbrochenen Wohnsitz im Kanton <u>nachweisen</u> und in der gleichen Gemeinde aufweisen.</p>	
<p>Art. 6 Wohnsitz</p> <p>¹ Für Ausländer gilt der Wohnsitzbegriff des Bundesgesetzes.</p> <p>² Für Schweizerbürger gilt der Wohnsitzbegriff des Zivilgesetzbuches.</p>	<p>Art. 6 Wohnsitz <u>Einbürgerungsvoraussetzungen</u></p> <p>¹ Für Ausländer gilt der Wohnsitzbegriff <u>gelten die Einbürgerungsvoraussetzungen des Bundesgesetzes Bundesrechts, soweit dieses Gesetz oder seine Ausführungserlasse keine abweichende Regelung enthalten.</u></p> <p>² Für Schweizerbürger gilt der Wohnsitzbegriff des Zivilgesetzbuches <u>gelten die Einbürgerungsvoraussetzungen von Art. 11 Bst. c und Art. 12 Abs. 1 Bst. b und e BüG nicht.</u></p>	
	<p>Art. 6a Kantonale Voraussetzungen</p> <p>¹ Die Sprachkompetenzen sind in deutscher Sprache nachzuweisen. Zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen kann das zuständige Einbürgerungsorgan davon absehen und den Nachweis einer anderen Landessprache zulassen.</p> <p>² Der Bewerber hat sich über folgende staatsbürgerliche Grundkenntnisse der Schweiz, des Kantons und der Gemeinde auszuweisen:</p> <p>a. Kenntnisse über das Einbürgerungsverfahren;</p> <p>b. allgemeine Rechte und Pflichten, insbesondere jene, die aus dem Bürgerrecht fließen;</p> <p>c. Aufbau und Inhalt des Staats- und Gemeinwesens;</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>d. geographische und historische Verhältnisse;</p> <p>e. politische Verhältnisse;</p> <p>f. gesellschaftliche Verhältnisse, insbesondere Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche.</p>	
<p>Art. 7 Eignung</p> <p>¹ Vor der Erteilung des Bürgerrechts ist zu prüfen, ob der Bewerber zur Einbürgerung geeignet ist, insbesondere ob er die Eignungsbedingungen des Bundesrechts erfüllt.</p>	<p>Art. 7 <u>EignungEignungsprüfung</u></p> <p>¹ Vor der Erteilung des Bürgerrechts ist zu prüfen, ob der Bewerber zur Einbürgerung geeignet ist, insbesondere ob er die Eignungsbedingungen des Bundesrechts erfüllt.</p> <p>² Die Sprachkompetenzen sowie die staatsbürgerlichen Grundkenntnisse sind bei Ausländern durch eine Prüfung nachzuweisen.</p> <p>³ Die Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse richtet sich nach dem Bundesrecht.</p>	
<p>Art. 8 Eidgenössische Einbürgerungsbewilligung</p> <p>¹ Ausländer müssen für die Erlangung des Kantons- und Gemeindebürgerrechts im Besitz der Einbürgerungsbewilligung des Bundesamtes für Migration sein.</p>	<p>¹ Ausländer müssen für die Erlangung des Kantons- und Gemeindebürgerrechts <u>den kantonalen Einbürgerungsentscheid im Besitz der Einbürgerungsbewilligung des Bundesamtes für Migration</u> <u>eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung</u> sein.</p>	
<p>Art. 9 Einbezug der Kinder</p> <p>¹ In die Einbürgerung werden in der Regel die minderjährigen Kinder des Bewerbers einbezogen.</p>	<p>¹ In die Einbürgerung werden in der Regel die minderjährigen Kinder des Bewerbers einbezogen, <u>wenn sie mit diesem zusammenleben.</u> Es gilt Art. 30 BÜG.</p>	
<p>Art. 10 Gesuchseinreichung durch Minderjährige</p>		

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>¹ Minderjährige können das Gesuch um Einbürgerung nur durch ihren gesetzlichen Vertreter einreichen. Wenn sie unter Vormundschaft stehen, ist die Zustimmung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nicht erforderlich.</p> <p>² Über 16 Jahre alte Bewerber haben zudem ihren eigenen Willen auf Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts schriftlich zu erklären.</p>	<p>¹ Minderjährige können das Gesuch um Einbürgerung nur durch ihren gesetzlichen Vertreter einreichen. Wenn sie unter Vormundschaft stehen, ist die Zustimmung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nicht erforderlich.</p> <p>² Über 16 Jahre alte Bewerber <u>Ab dem Alter von 16 Jahren</u> haben Bewerber zudem ihren eigenen Willen auf Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts schriftlich zu erklären.</p>	
<p>Art. 14 Einbezug der Kinder</p> <p>¹ In die Entlassung werden die minderjährigen, unter der elterlichen Gewalt des Entlassenen stehenden Kinder einbezogen; Kinder über 16 Jahre jedoch nur, wenn sie schriftlich zustimmen.</p> <p>² Sie dürfen ebenfalls im Kanton keinen Wohnsitz haben und müssen ein anderes Staats- oder Kantonsbürgerrecht besitzen, oder es muss ihnen ein solches zugesichert sein.</p>	<p>¹ In die Entlassung werden die minderjährigen, unter der elterlichen Gewalt <u>Sorge</u> des Entlassenen stehenden Kinder einbezogen; minderjährige <u>Kinder</u> über 16 Jahre <u>Jahren</u> jedoch nur, wenn sie schriftlich zustimmen.</p>	
<p>Art. 16 Nichtigerklärung</p> <p>¹ Die Einbürgerung kann vom Regierungsrat innert fünf Jahren nichtig erklärt werden, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.</p> <p>² Die Nichtigkeit erstreckt sich auf alle Personen, die in die nichtigerklärte Einbürgerung einbezogen wurden, sofern nicht ausdrücklich anders verfügt wird.</p> <p>³ Die entrichtete Gebühr für das Einbürgerungsverfahren wird nach der Nichtigerklärung nicht zurückerstattet.</p>	<p>¹ Die Einbürgerung kann vom Regierungsrat innert fünf Jahren nichtig erklärt werden, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.</p> <p>² Die Nichtigkeit erstreckt sich auf alle Personen, Für die in die nichtigerklärte Einbürgerung einbezogen wurden, sofern nicht ausdrücklich anders verfügt wird <u>Voraussetzungen und den Umfang der Nichtigerklärung gilt das Bundesrecht.</u></p>	<p>¹ Die Einbürgerung kann vom Regierungsrat <u>von der kantonalen Einbürgerungskommission</u> nichtig erklärt werden, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.</p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>Art. 17a Anwendbares Recht</p> <p>¹ Unter Vorbehalt besonderer Bestimmungen des kantonalen Rechts und des Bundesrechts ist auf alle Verfahren in Zusammenhang mit dem Bürgerrecht das kantonale Verwaltungsverfahren anwendbar.</p>	
	<p>Art. 17b Bearbeitung von Personendaten</p> <p>¹ Die kantonalen und kommunalen Behörden können zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss der eidgenössischen und kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung Personendaten bearbeiten, einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders schützenswerten Daten über die religiösen Ansichten, die politischen Tätigkeiten, die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen.</p>	
	<p>Art. 17c Amtshilfe</p> <p>¹ Für die Amtshilfe gilt Art. 45 BÜG. Die Behörden des Kantons und der Gemeinden sind in Einzelfällen auf begründetes und schriftliches Gesuch hin verpflichtet, den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten kommunalen und kantonalen Behörden alle Daten bekannt zu geben, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind.</p>	
<p>Art. 18 Akteneinsichtsrecht</p> <p>¹ Der Gesuchsteller hat in jedem Verfahrensstadium Anspruch auf Akteneinsicht.</p>	<p>¹ Der Gesuchsteller hat in jedem Verfahrensstadium Anspruch auf Akteneinsicht <u>bei der jeweils zuständigen Behörde.</u></p>	
	<p>Art. 18a Rechtsmittel</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>¹ Gegen den Beschluss der Gemeindeversammlung kann die gesuchstellende Person innert 20 Tagen seit Eröffnung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Beschwerde erheben.</p> <p>² Für Beschwerden wegen Verletzung des Stimmrechts oder wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Gemeindeversammlung gilt Art. 54 ff. des Abstimmungsgesetzes⁹⁾.</p>	<p>¹ Gegen den Beschluss der Gemeindeversammlung<u>des kommunalen Einbürgerungsorgans</u> kann die gesuchstellende Person innert 20 Tagen seit Eröffnung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Beschwerde erheben.</p>
<p>Art. 26 Einbürgerung</p> <p>¹ Angehörige der alten Landleutegeschlechter, die sich im Kanton Obwalden einbürgern wollen, haben nach dem ordentlichen Verfahren die Zusicherung eines Gemeindebürgerrechts einzuholen.</p> <p>² Für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts tritt anstelle der Beschlussfassung durch den Kantonsrat die Feststellung des Regierungsrates, dass der Gesuchsteller Angehöriger eines alten Landleutegeschlechts und deshalb ohne weiteres Kantonsbürger ist.</p>		<p>² Für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts tritt anstelle der Beschlussfassung durch den Kantonsrat <u>genügt die Feststellung des Regierungsrates, der kantonalen Einbürgerungskommission</u>, dass der Gesuchsteller Angehöriger eines alten Landleutegeschlechts und deshalb ohne weiteres Kantonsbürger ist.</p>
	<p>Art. 31b Übergangsbestimmungen zum Nachtrag vom ...</p> <p>¹ Es gelten die Übergangsbestimmungen des Bundesrechts.</p>	
<p>Art. 32 Vollzugsvorschriften</p> <p>¹ Der Kantonsrat erlässt die erforderlichen Vollzugsvorschriften durch Verordnung. Er regelt insbesondere die Zuständigkeiten, welche gestützt auf das Bundesgesetz erforderlich sind.</p>	<p>¹ Der Kantonsrat erlässt die erforderlichen Vollzugsvorschriften durch Verordnung. Er regelt insbesondere die Zuständigkeiten, welche gestützt auf das <u>Bundesgesetz Bundesrecht</u> erforderlich sind, <u>sowie das Verfahren</u>.</p>	

⁹⁾ SR 122.1

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>3. Der Erlass GDB 111.21 (Verordnung zum Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts [Bürgerrechtsverordnung] vom 27. Januar 2006) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 1 Geltungsbereich</p> <p>¹ Diese Verordnung regelt das Verfahren und die Gebühren betreffend Erwerb Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts.</p>	<p>¹ Diese Verordnung regelt die <u>Zuständigkeiten</u>, das Verfahren und die Gebühren betreffend Erwerb Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts.</p>	
	<p>Art. 1a Aufgabenteilung</p> <p>¹ Kanton und Gemeinden erfüllen ihre Aufgaben unabhängig voneinander.</p>	
<p>Art. 2 Aufgaben der Gemeinden a. Gemeinderat</p> <p>¹ Der Gemeinderat vollzieht die Bürgerrechtsgesetzgebung im kommunalen Zuständigkeitsbereich soweit durch kantonales Recht keine andere Behörde oder Amtsstelle bezeichnet ist. Er:</p> <p>a. sichert Personen mit Schweizerbürgerrecht das Gemeindebürgerrecht zu;</p> <p>b. stellt der Gemeindeversammlung Antrag auf Zusage oder Ablehnung des Gemeindebürgerrechts an ausländische Personen;</p> <p>c. setzt eine Kommission zur Behandlung der Einbürgerungsgesuche ein (Art. 13 dieser Verordnung);</p>	<p>c. setzt eine <u>vorberatende</u> Kommission zur Behandlung der Einbürgerungsgesuche ein (Art. 13 dieser Verordnung);</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>d. entscheidet über die Schriftlichkeit der Gegenanträge im Einbürgerungsverfahren (Art. 15 dieser Verordnung);</p> <p>e. beschliesst den Rückzug eines Einbürgerungsantrags an der Gemeindeversammlung, sofern die Versammlungsleitung vom Gemeinderat wahrgenommen wird (Art. 19 dieser Verordnung);</p> <p>f. entscheidet über die Zulässigkeit eines Gegenantrags an der Gemeindeversammlung, sofern die Versammlungsleitung vom Gemeinderat wahrgenommen wird (Art. 19 dieser Verordnung);</p> <p>g. stellt der Gemeindeversammlung Antrag auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung).</p>	<p>g. stellt der Gemeindeversammlung dem Regierungsrat Antrag auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung).</p>	<p>² Er sichert auch ausländischen Personen das Gemeindebürgerrecht zu, soweit ihm die Gemeindeversammlung diese Aufgabe übertragen hat.</p>
<p>Art. 3 b. Gemeindeversammlung</p> <p>¹ Die Gemeindeversammlung:</p> <p>a. entscheidet über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an ausländische Personen;</p> <p>b. entscheidet über den Antrag an den Regierungsrat auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung).</p>	<p>b. <i>Aufgehoben</i></p>	<p>¹ Die Gemeindeversammlung, <u>soweit sie ihre Aufgaben nicht übertragen hat:</u></p>
		<p>Art. 3a c. Einbürgerungskommission</p> <p>¹ Die Einbürgerungskommission, soweit ihr die Gemeindeversammlung diese Aufgaben übertragen hat:</p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
		<p>a. entscheidet über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an ausländische Personen;</p> <p>b. entscheidet über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an Personen mit Schweizerbürgerrecht.</p> <p>² Im Umfang der Übertragenen Aufgaben vollzieht die Einbürgerungskommission anstelle des Gemeinderats die Bürgerrechtsgesetzgebung im kommunalen Zuständigkeitsbereich. Insbesondere stellt sie dem Regierungsrat Antrag auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung).</p> <p>³ Die Gemeindeversammlung wählt zu Beginn der Amtsdauer die Einbürgerungskommission sowie dessen Präsidium, bestehend aus fünf bis dreizehn Mitgliedern.</p> <p>⁴ Mitglieder der Kommission können nur in der Gemeinde stimmberechtigte Personen sein.</p> <p>⁵ Die Verhandlungsordnung richtet sich nach jener der kantonalen Einbürgerungskommission, soweit das kommunale Recht keine anderslautenden Regelungen enthält. Das Präsidium trifft in dringlichen Fällen die vorsorglichen Massnahmen.</p> <p>⁶ Der Gemeinderat stellt der Kommission für die Prüfung der Gesuche die notwendige Organisation zur Verfügung.</p>
<p>Art. 4 Aufgaben des Kantons a. Zuständiges Departement</p> <p>¹ Das zuständige Departement vollzieht die Bürgerrechtsgesetzgebung im kantonalen Zuständigkeitsbereich, soweit durch kantonales Recht keine andere Behörde oder Amtsstelle bezeichnet ist. Es:</p>	<p>Art. 4 Aufgaben des Kantons a. Zuständiges Departement <u>Amt</u></p> <p>¹ Das zuständige Departement <u>Amt</u> vollzieht die Bürgerrechtsgesetzgebung im kantonalen Zuständigkeitsbereich, soweit durch kantonales Recht keine andere Behörde oder Amtsstelle bezeichnet ist. Es:</p>	<p><u>Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</u></p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>a. prüft die Gesuche von Personen mit Schweizerbürgerrecht um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung);</p> <p>b. prüft die Gesuche ausländischer Personen um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung);</p> <p>c. prüft die Gesuche um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Art. 24 dieser Verordnung);</p> <p>d. prüft den Antrag der Gemeindeversammlung auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung);</p> <p>e. nimmt Stellung zu Gesuchen um Wiedereinbürgerung oder um erleichterte Einbürgerung;</p> <p>f. stellt fest, ob eine Person das Kantons- und Schweizerbürgerrecht besitzt, wenn dies fraglich ist;</p> <p>g. veranlasst die von den Bundesbehörden beantragten Erhebungen, die für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen nötig sind.</p>	<p>a. prüft die Gesuche von Personen mit Schweizerbürgerrecht um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung) <u>koordiniert den Vollzug der Bürgerrechtsgesetzgebung;</u></p> <p>b. prüft <u>führt die Gesuche ausländischer Personen um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht</u> <u>Vorabklärungen durch bei den in den Gemeinden eingereichten Gesuchen (Art. 9 7a dieser Verordnung);</u></p> <p>c. prüft die Gesuche <u>nimmt Stellung zu Gesuchen um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Art. 24 dieser Verordnung)</u> <u>Wiedereinbürgerung oder um erleichterte Einbürgerung;</u></p> <p>d. prüft den Antrag der Gemeindeversammlung auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung) <u>stellt fest, ob eine Person das Kantons- und Schweizerbürgerrecht besitzt, wenn dies fraglich ist;</u></p> <p>e. nimmt Stellung zu Gesuchen um Wiedereinbürgerung oder um erleichterte Einbürgerung <u>veranlasst die von den Bundesbehörden beantragten Erhebungen, die für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen nötig sind;</u></p> <p>f. stellt fest, ob eine Person das Kantons- und Schweizerbürgerrecht besitzt, wenn dies fraglich ist <u>führt die Informationsveranstaltungen durch (Art. 6a dieser Verordnung);</u></p> <p>g. <i>Aufgehoben</i></p>	<p>g. prüft die Gesuche von Personen mit Schweizerbürgerrecht um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung);</p> <p>h. prüft die Gesuche ausländischer Personen um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung);</p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
		<p>i. prüft die Gesuche um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Art. 24 dieser Verordnung);</p> <p>k. führt das Nichtigerklärungsverfahren durch und prüft den Antrag der kommunalen Behörde auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung).</p>
	<p>Art. 4a b. Zuständiges Departement</p> <p>¹ Das zuständige Departement vollzieht die Bürgerrechtsgesetzgebung, soweit es den Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und des Kantonsrats betrifft. Es:</p> <p>a. prüft die Gesuche von Personen mit Schweizerbürgerrecht um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung);</p> <p>b. prüft die Gesuche ausländischer Personen um Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht (Art. 9 dieser Verordnung);</p> <p>c. prüft die Gesuche um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Art. 24 dieser Verordnung);</p> <p>d. führt das Nichtigerklärungsverfahren durch und prüft den Antrag des Gemeinderats auf Nichtigerklärung einer nach kantonalem Recht erteilten Einbürgerung (Art. 23 dieser Verordnung).</p>	<p>Art. 4a <i>Gelöscht.</i></p> <p style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</p>
<p>Art. 5 b. Regierungsrat</p> <p>¹ Der Regierungsrat übt die Aufsicht auf. Er:</p>		<p>Art. 5 <i>Aufgehoben</i></p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>a. nimmt Personen mit Schweizerbürgerrecht ins Kantonsbürgerrecht auf;</p> <p>b. stellt dem Kantonsrat Antrag auf Aufnahme von ausländischen Personen ins Kantonsbürgerrecht;</p> <p>c. entlässt Personen aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht;</p> <p>d. erklärt eine nach kantonalem Recht erteilte Einbürgerung nichtig;</p> <p>e. stimmt der Nichtigkeitserklärung einer Einbürgerung durch das Bundesamt für Migration zu;</p> <p>f. bestimmt das Gemeindebürgerrecht eines Findelkindes;</p> <p>g. bestimmt das Gemeindebürgerrecht einer erleichtert eingebürgerten ausländischen Person, die aus Irrtum als Schweizerbürger oder Schweizerbürgerin behandelt worden war;</p> <p>h. erhebt gemäss Art. 51 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts¹⁰⁾ Beschwerde.</p>	<p>e. stimmt der Nichtigkeitserklärung <u>oder dem Entzug einer Einbürgerung durch das Bundesamt für Migrationen Bund</u> zu;</p> <p>h. erhebt gemäss Art. 51 <u>47</u> Abs. 2 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts¹¹⁾ Beschwerde.</p>	<p><u>Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</u></p>
<p>Art. 6 c. Kantonsrat</p> <p>¹ Der Kantonsrat erteilt ausländischen Personen das Kantonsbürgerrecht.</p>	<p>¹ Der Kantonsrat erteilt ausländischen <u>Die zuständige Kommission des Kantonsrats entscheidet über die Zusage des Kantonsbürgerrechts an ausländische Personen das Kantonsbürgerrecht und holt die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung ein.</u></p>	<p>Art. 6 c. Kantonsrat <u>Einbürgerungskommission</u></p> <p>¹ <u>Aufgehoben</u></p>

¹⁰⁾ SR 141.0

¹¹⁾ SR 141.0

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>² Der Kantonsrat trifft den kantonalen Einbürgerungsentscheid.</p>	<p>² Der Kantonsrat trifft den kantonalen Einbürgerungsentscheid. <u>Die kantonale Einbürgerungskommission:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> a. entscheidet über die Zusicherung des Kantonsbürgerrechts an ausländische Personen und trifft den kantonalen Einbürgerungsentscheid; b. nimmt Personen mit Schweizerbürgerrecht ins Kantonsbürgerecht auf; c. entlässt Personen aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht; d. erklärt eine nach kantonalem Recht erteilte Einbürgerung nichtig; e. stimmt der Nichtigkeitklärung oder dem Entzug einer Einbürgerung durch den Bund zu; f. bestimmt das Gemeindebürgerrecht eines Findelkindes; g. bestimmt das Gemeindebürgerrecht einer erleichtert eingebürgerten ausländischen Person, die aus Irrtum als Schweizerbürger oder Schweizerbürgerin behandelt worden war; h. erhebt gemäss Art. 47 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts¹²⁾ Beschwerde. <p>³ Der Kantonsrat wählt zu Beginn der Amtsdauer die kantonale Einbürgerungskommission sowie deren Präsidium, bestehend aus neun Mitgliedern.</p> <p>⁴ Wer eidgenössisch, kantonal oder kommunal Mitglied einer Behörde ist oder in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, ist nicht wählbar.</p>

¹²⁾ SR 141.0

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
		<p>⁵ Die Verhandlungsordnung richtet sich sinngemäss nach der Kantonsratsgesetzgebung. Das Präsidium trifft in dringlichen Fällen die vorsorglichen Massnahmen.</p> <p>⁶ Das zuständige Amt ist das Sekretariat der kantonalen Einbürgerungskommission.</p> <p style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</p>
	<p>Art. 6a Verfahrensgarantien</p> <p>¹ Für das Einbürgerungsverfahren gelten die Verfahrensgarantien des Bundes und des Kantons. Insbesondere ist das rechtliche Gehör zu gewähren und innert angemessener Frist über die Einbürgerungsgesuche zu entscheiden.</p>	
	<p>Art. 6b Mitwirkungspflicht</p> <p>¹ Die gesuchstellende Person trifft eine Mitwirkungspflicht. Die vom Gesuch erfassten Personen sind verpflichtet, an der Feststellung des für die Anwendung der Bürgerrechtsgesetzgebung massgebenden Sachverhaltes mitzuwirken.</p>	
	<p>2.1. Vorverfahren</p>	
	<p>Art. 6c Informationen</p> <p>¹ Einbürgerungswillige ausländische Personen erhalten bei der Gemeinde ihres Wohnortes die notwendigen Informationen, Formulare und Hilfestellungen für die Gesuchseinreichung.</p> <p>² Sie haben eine vom zuständigen Amt organisierte Informationsveranstaltung zu besuchen.</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>³ Mit der Veranstaltung sollen die einbürgerungswilligen Personen insbesondere über die Voraussetzungen, das Verfahren und die Kosten der Einbürgerung informiert werden.</p> <p>⁴ Die Veranstaltung wird mindestens einmal im Jahr durchgeführt. Das zuständige Amt kann Dritte mit der Durchführung der Veranstaltung betrauen.</p>	
	<p>Art. 6d Nachweis der Sprachkompetenzen und der staatsbürgerlichen Grundkenntnisse</p> <p>¹ Nach dem Besuch der Informationsveranstaltung kann die Sprachprüfung absolviert werden.</p> <p>² Nach dem erfolgreichen Bestehen der Sprachprüfung oder wenn ein Dispensationsentscheid vorliegt, der von genügenden Sprachkenntnissen ausgeht, kann die Prüfung der staatsbürgerlichen Grundkenntnisse absolviert werden.</p> <p>³ Der Regierungsrat kann Hilfsmittel oder Vorbereitungskurse zur Erlangung der notwendigen Kenntnisse zur Verfügung stellen und als obligatorisch erklären.</p>	
	<p>Art. 6e Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse</p> <p>¹ Das zuständige kommunale oder kantonale Einbürgerungsorgan berücksichtigt bei seiner Entscheidung die persönlichen Verhältnisse der gesuchstellenden Person.</p> <p>² Im Vorverfahren kann die instruierende kommunale Behörde die einbürgerungswillige Person vom Nachweis der Sprachkompetenzen und der staatsbürgerlichen Grundkenntnisse dispensieren. Der Antrag an das kommunale Einbürgerungsorgan hat die Gründe des Dispensationsentscheids aufzuführen.</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>³ Das zuständige kantonale Departement überprüft die persönlichen Verhältnisse ebenfalls und kann den Nachweis der Sprachkompetenzen und der staatsbürgerlichen Grundkenntnisse nachträglich einfordern.</p>	<p>³ Das zuständige kantonale DepartementAmt überprüft die persönlichen Verhältnisse ebenfalls und kann den Nachweis der Sprachkompetenzen und der staatsbürgerlichen Grundkenntnisse nachträglich einfordern.</p> <p style="text-align: center;"><u>Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</u></p>
	<p>Art. 6f Registrierung</p> <p>¹ Ist die einbürgerungswillige Person im schweizerischen Personenstandsregister noch nicht eingetragen, hat sie sich vor der Gesuchseinreichung beim zuständigen Zivilstandsamt registrieren zu lassen.</p>	
	<p>2.2. Hauptverfahren</p>	
<p>Art. 7 Gesuchseinreichung</p> <p>¹ Einbürgerungsgesuche sind schriftlich bei der betreffenden Gemeinde einzureichen.</p> <p>² Dem Gesuch sind die notwendigen Unterlagen beizulegen, insbesondere:</p> <p>a. die zivilstandsamtlichen Ausweise für die gesuchstellende Person und die in die Einbürgerung einzubeziehenden Personen;</p> <p>b. die Wohnsitzbescheinigung für die Dauer des Wohnsitzes im Kanton beziehungsweise in der Schweiz;</p> <p>c. der Lebenslauf;</p>	<p>¹ Einbürgerungsgesuche sind schriftlich mit dem vorgeschriebenen Formular bei der betreffenden Gemeinde einzureichen, <u>wenn das Vorverfahren abgeschlossen ist.</u></p> <p>b. die Wohnsitzbescheinigung<u>Bescheinigung</u> für die Dauer des <u>geforderten Aufenthaltes oder Wohnsitzes</u> im Kanton beziehungsweise, in der Gemeinde und in der Schweiz;</p> <p>c. der Lebenslauf <u>inklusive Aufstellung über die Wohnorte, Schulorte und Arbeitsstellen;</u></p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>d. die Unterlagen über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse;</p> <p>e. ...</p> <p>f. der Strafregisterauszug.</p> <p>³ Ausländische Personen haben zudem einen Ausweis über die Staatszugehörigkeit beizulegen.</p> <p>⁴ Der polizeiliche Führungsbericht ist durch den Gemeinderat bei der zuständigen kantonalen Behörde zu beantragen; diese beauftragt die Kantonspolizei mit der Erstellung des Berichts.</p> <p>⁵ Die Kantonspolizei meldet der zuständigen kantonalen Behörde den Führungsbericht ergänzende Vorkommnisse für das Einbürgerungsverfahren sowie die Nichtigerklärung.</p>	<p>f. der Strafregisterauszug;</p> <p>g. der Ausweis über die Staatszugehörigkeit;</p> <p>h. die Niederlassungsbewilligung;</p> <p>i. der Nachweis der Sprachkompetenzen und der staatsbürgerlichen Grundkenntnisse oder die entsprechenden Dispensationsentscheide;</p> <p>k. die Bestätigung über den Besuch der Informationsveranstaltung;</p> <p>l. die Erklärung der Beachtung der Rechtsordnung.</p> <p>³ Ausländische Personen mit Schweizerbürgerrecht haben zudem einen Ausweis über die Staatszugehörigkeit nur die Unterlagen a. – f. und l. beizulegen.</p> <p>⁴ <i>Aufgehoben</i></p> <p>⁵ <i>Aufgehoben</i></p>	
	<p>Art. 7a Vorabklärungsverfahren</p> <p>¹ Die Gemeinde reicht das Gesuchsdossier zu Beginn des kommunalen Verfahrens an das zuständige kantonale Amt zur Vorabklärung ein.</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>² Das Amt prüft das Gesuch auf Vollständigkeit; es kann unvollständige Gesuche an die Gemeinde zur Ergänzung zurückweisen. Weiter führt es eine Abfrage im elektronischen Strafregister durch und beauftragt die Kantonspolizei mit der Erstellung des Führungsberichts.</p> <p>³ Die Kantonspolizei und die kantonale Migrationsbehörde melden dem zuständigen kantonalen Amt den Führungsbericht ergänzende Vorkommnisse für das Einbürgerungsverfahren sowie die Nichtigerklärung.</p>	
<p>Art. 8 Gesuchsbehandlung in der Gemeinde</p> <p>¹ Zur Überprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen trifft der Gemeinderat die notwendigen Abklärungen. Er kann insbesondere weitere Unterlagen einfordern, mit den gesuchstellenden Personen Gespräche führen sowie Drittauskünfte einholen.</p> <p>² Ausländische Personen bedürfen zur Einbürgerung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung. Zu diesem Zweck leitet der Gemeinderat die Gesuchsunterlagen an das zuständige kantonale Amt weiter; dieses holt die Bewilligung ein.</p> <p>³ Der Gemeinderat entscheidet über die Einbürgerungsgesuche von Personen mit Schweizerbürgerrecht.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat unterbreitet die Einbürgerungsgesuche ausländischer Personen der Gemeindeversammlung mit seinem Antrag zum Entscheid. Die Gemeindeversammlung entscheidet über die Einbürgerungsgesuche.</p>	<p>¹ Zur Überprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen trifft der Gemeinderat die instruierende Behörde die notwendigen Abklärungen. Er <u>Sie</u> kann insbesondere weitere Unterlagen einfordern, mit den gesuchstellenden Personen Gespräche führen sowie Drittauskünfte einholen.</p> <p>² <i>Aufgehoben</i></p>	<p>³ <i>Aufgehoben</i></p> <p>⁴ Der Gemeinderat <u>Die instruierende Behörde</u> unterbreitet die Einbürgerungsgesuche ausländischer Personen der Gemeindeversammlung dem zuständigen kommunalen Einbürgerungsorgan mit seinem Antrag zum Entscheid. Die Gemeindeversammlung <u>Dieses</u> entscheidet über die Einbürgerungsgesuche.</p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>⁵ Der Gemeinderat leitet den Entscheid über die Zusicherung des Bürgerrechts zusammen mit den Gesuchsunterlagen an den Regierungsrat weiter.</p>		<p>⁵ Der Gemeinderat Das zuständige kommunale Einbürgerungsorgan leitet den Entscheid über die Zusicherung des Bürgerrechts zusammen mit den Gesuchsunterlagen an den Regierungsrat das zuständige kantonale Amt weiter.</p>
<p>Art. 9 Gesuchsbehandlung im Kanton</p> <p>¹ Das zuständige Departement überprüft die Gesuche. Es kann Ergänzungen der Ausweise verlangen und von sich aus weitere Abklärungen treffen.</p> <p>² Der Regierungsrat entscheidet über die Gesuche, die in seine Zuständigkeit fallen. Die übrigen Gesuche unterbreitet er dem Kantonsrat mit seinem Antrag zum Entscheid.</p>	<p>¹ Das zuständige Departement überprüft die Gesuche; <u>dies geschieht unabhängig der vorinstanzlichen Sachverhaltsfeststellung und Beurteilung.</u> Es kann <u>zu diesem Zweck unvollständige Gesuche an die Gemeinden zur Ergänzung zurückweisen, von den gesuchstellenden Personen</u> Ergänzungen der Ausweise verlangen und von sich aus weitere Abklärungen treffen.</p> <p>³ Der Kantonsrat ist an die Beurteilung der Gemeindeversammlung nicht gebunden.</p> <p>⁴ Das Verfahren vor dem Kantonsrat richtet sich nach der Kantonsratsgesetzgebung. Soweit diese keine Bestimmungen enthält, gelten sinngemäss die Vorschriften über das Einbürgerungsverfahren an der Gemeindeversammlung.</p>	<p style="text-align: center;"><u>Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</u></p> <p>¹ Das zuständige Departement <u>Amt</u> überprüft die Gesuche; dies geschieht unabhängig der vorinstanzlichen Sachverhaltsfeststellung und Beurteilung. Es kann zu diesem Zweck unvollständige Gesuche an die Gemeinden zur Ergänzung zurückweisen, von den gesuchstellenden Personen Ergänzungen der Ausweise verlangen und von sich aus weitere Abklärungen treffen.</p> <p>² Der Regierungsrat entscheidet über Das zuständige <u>Amt unterbreitet</u> die Gesuche, <u>die in seine Zuständigkeit fallen.</u> Die übrigen Gesuche unterbreitet er dem <u>Kantonsrat</u> mit seinem Antrag zum Entscheid <u>der kantonalen Einbürgerungskommission.</u></p> <p>³ Der Kantonsrat Die <u>Einbürgerungskommission</u> ist an die Beurteilung <u>der Gemeindeversammlung</u> <u>des kommunalen Einbürgerungsorgans</u> nicht gebunden.</p> <p>⁴ <i>Gelöscht.</i></p>
	<p>Art. 9a Wegzug</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>¹ Zieht die gesuchstellende Person während des Verfahrens in eine andere Gemeinde oder in einen anderen Kanton um, bleibt die bisherige Zuständigkeit bestehen, wenn die für die Zusicherung notwendigen Abklärungen abgeschlossen sind.</p> <p>² Die für die Zusicherung notwendigen Abklärungen gelten als abgeschlossen, im innerkantonalen Verhältnis wenn der Gemeinderat über den Antrag an die Gemeindeversammlung (Art. 12 Abs. 1 dieser Verordnung) oder über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an Personen mit Schweizerbürgerrecht beschlossen hat (Art. 2 Abs. 1 Bst. a dieser Verordnung), im interkantonalen Verhältnis wenn der Beschluss der kantonsrätlichen Kommission über die Zusicherung des Kantonsbürgerrechts an ausländische Personen (Art. 6 Abs. 1 dieser Verordnung) oder jener des Regierungsrats über die Aufnahme von Personen mit Schweizerbürgerrecht ins Kantonsbürgerrecht (Art. 5 Abs. 1 Bst. a dieser Verordnung) vorliegt.</p> <p>³ Sind die für die Zusicherung notwendigen Abklärungen nicht abgeschlossen, wird das Einbürgerungsgesuch mit dem Wegzug gegenstandslos.</p>	<p>² Die für die Zusicherung notwendigen Abklärungen gelten als abgeschlossen, im innerkantonalen Verhältnis wenn der Gemeinderat über den Antrag an die Gemeindeversammlung (Art. 12 Abs. 1 dieser Verordnung) <u>oder über instruierende kommunale Behörde die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an Personen mit Schweizerbürgerrecht beschlossen</u> <u>Einbürgerungsgesuche dem zuständigen kommunalen Einbürgerungsorgan zum Entscheid unterbreitet</u> hat (Art. 2 <u>8</u> Abs. 1 <u>4</u> dieser Verordnung), im interkantonalen Verhältnis wenn der Beschluss der kantonsrätlichen Kommission <u>kantonalen Einbürgerungskommission</u> über die Zusicherung des Kantonsbürgerrechts an ausländische Personen (Art. 6 Abs. 1 Bst. a dieser Verordnung) <u>oder jener des Regierungsrats</u> über die Aufnahme von Personen mit Schweizerbürgerrecht ins Kantonsbürgerrecht (Art. 5 <u>6</u> Abs. 1 <u>2</u> Bst. a <u>b</u> dieser Verordnung) vorliegt.</p>
<p>Art. 11 Verfahrensgarantien</p> <p>¹ Für das Einbürgerungsverfahren gelten die Verfahrensgarantien des Bundes und des Kantons. Insbesondere ist das rechtliche Gehör zu gewähren und innert angemessener Frist über die Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Urnenabstimmungen sind unzulässig.</p>	<p>Art. 11 Verfahrensgarantien <u>Urnenabstimmungen</u></p> <p>¹ Für das Einbürgerungsverfahren gelten die Verfahrensgarantien des Bundes und des Kantons. Insbesondere ist das rechtliche Gehör zu gewähren und innert angemessener Frist über die Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Urnenabstimmungen sind unzulässig.</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>Art. 14 Mitwirkungspflicht der gesuchstellenden Person</p> <p>¹ Die gesuchstellende Person trifft eine Mitwirkungspflicht. Sie hat dem Gemeinderat alle notwendigen Auskünfte zu erteilen.</p> <p>² Erhebliche Änderungen im Sachverhalt sind dem Gemeinderat sofort unter Beilage aller notwendigen Dokumente zu melden. Dies gilt bis zum Entscheid des Kantonsrats.</p> <p>³ Die gesuchstellende Person ist darauf hinzuweisen, dass die Einbürgerung innert fünf Jahren nichtig erklärt werden kann, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.</p>	<p>¹ Die gesuchstellende Person trifft eine Mitwirkungspflicht. Sie hat dem Gemeinderat <u>alle die für die Anwendung der Bürgerrechtsgesetzgebung</u> notwendigen Auskünfte zu erteilen.</p> <p>³ Die gesuchstellende Person ist darauf hinzuweisen, dass die Einbürgerung innert <u>fünf Jahren der vom Bundesrecht festgelegten Frist</u> nichtig erklärt werden kann, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.</p>	<p>² Erhebliche Änderungen im Sachverhalt sind dem Gemeinderat sofort unter Beilage aller notwendigen Dokumente zu melden. Dies gilt bis zum Entscheid des Kantonsrats <u>der kantonalen Einbürgerungskommission</u>.</p>
<p>Art. 18 Begründung</p> <p>¹ Die Begründung eines Gegenantrags muss konkrete Verweigerungsgründe gegen die gesuchstellende Person enthalten.</p> <p>² Aus der Begründung muss hervorgehen, inwiefern die gesuchstellende Person die Voraussetzungen für die Einbürgerung nicht erfüllt, insbesondere:</p> <p>a. nicht in die massgebenden Verhältnisse eingegliedert ist;</p> <p>b. nicht mit den entsprechenden Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist;</p> <p>c. die schweizerische Rechtsordnung nicht beachtet;</p>	<p>a. nicht in die <u>mit den</u> massgebenden Verhältnisse eingegliedert <u>eingegliedert</u> <u>Verhältnissen vertraut</u> ist;</p> <p>b. nicht mit den entsprechenden Lebensgewohnheiten, Sitten erfolgreich integriert ist (Art. 6 und Gebräuchen vertraut ist <u>6a des Bürgerrechtsgesetzes</u>;¹³⁾).</p> <p>c. <i>Aufgehoben</i></p>	

¹³⁾ BDG 111.2

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>d. die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet.</p> <p>³ Allgemeine Begründungen, die nicht auf ein konkretes Gesuch oder eine konkrete Person Bezug nehmen, sind unzulässig.</p> <p>⁴ Bei der Annahme eines ablehnenden Antrags des Gemeinderats gilt sein Beschluss als Begründung. Bei der Annahme eines zustimmenden Antrags bedarf es keiner Begründung.</p>	<p>d. <i>Aufgehoben</i></p>	
<p>Art. 21 Rechtsmittel</p> <p>¹ Gegen den Beschluss der Gemeindeversammlung kann die gesuchstellende Person innert 20 Tagen seit Eröffnung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Beschwerde erheben.</p> <p>² Für Beschwerden wegen Verletzung des Stimmrechts oder wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Gemeindeversammlung gilt Art. 54 ff. des Abstimmungsgesetzes.</p>	<p>Art. 21 <i>Aufgehoben</i></p>	
<p>Art. 23 Nichtigkeit</p> <p>¹ Die Einbürgerung kann vom Regierungsrat von Amtes wegen oder auf Antrag der Gemeindeversammlung unter den Voraussetzungen von Art. 16 des Bürgerrechtsgesetzes¹⁴⁾ nichtig erklärt werden.</p> <p>² Die Gemeindeversammlung kann innert fünf Jahren nach der Einbürgerung dem Regierungsrat die Nichtigkeit beantragen.</p> <p>³ Dem Gemeinderat obliegt die Sachverhaltsfeststellung und die Antragstellung an die Gemeindeversammlung.</p>	<p>¹ Die Einbürgerung kann vom Regierungsrat von Amtes wegen oder auf Antrag der Gemeindeversammlung unter den Voraussetzungen von Art. 16 des Bürgerrechtsgesetzes Gemeinderats nichtig erklärt werden.</p> <p>² <i>Aufgehoben</i></p> <p>³ Dem Gemeinderat obliegt die Sachverhaltsfeststellung und die Antragstellung an die Gemeindeversammlung.</p>	

¹⁴⁾ GDB 111.2

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>Art. 24 Entlassungsgesuch</p> <p>¹ Das Gesuch um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht ist schriftlich beim Regierungsrat mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen. Es sind dies insbesondere:</p> <p>a. die zivilstandsamtlichen Ausweise für die gesuchstellende Person und die in die Entlassung miteinzubeziehenden Personen;</p> <p>b. der Ausweis über den Besitz oder die Zusicherung des Bürgerrechts eines andern Staats beziehungsweise eines andern Kantons;</p> <p>c. die Wohnsitzbescheinigung.</p> <p>² Das Gesuch wird vom zuständigen Departement geprüft und dem Gemeinderat zur Stellungnahme zugestellt.</p>		<p><u>Untervariante RR (vgl. Erläuterungen, Grafik 5)</u></p> <p>¹ Das Gesuch um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht ist schriftlich beim Regierungsrat <u>zuständigen kantonalen Amt</u> mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen. Es sind dies insbesondere:</p> <p>² Das <u>Amt prüft das Gesuch</u> wird vom, <u>holt die Stellungnahme der zuständigen Departement geprüft-kommunalen Behörde ein und dem Gemeinderat zur Stellungnahme zugestellt</u> unterbreitet das Gesuch mit seinem Antrag zum Entscheid der kantonalen Einbürgerungskommission.</p>
	<p>Art. 25a Vollzug</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann die folgenden Bereiche in Ausführungsbestimmungen näher regeln:</p> <p>a. Durchführung der Informationsveranstaltung;</p> <p>b. Organisation der Prüfungen;</p> <p>c. Erstellung der Führungsberichte;</p> <p>d. Gebühren.</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>² Der Regierungsrat kann Dritte mit der Durchführung der Aufgaben gemäss Absatz 1 Buchstabe a und b betrauen.</p>	
<p>Art. 26 Übergangsbestimmung</p> <p>¹ Einbürgerungsverfahren, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung hängig sind, werden nach neuem Recht zu Ende geführt.</p>	<p>Art. 26 <i>Aufgehoben</i></p>	
	<p>4. Der Erlass GDB 113.21 (Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer sowie zum Asylgesetz [Verordnung zum Ausländerrecht] vom 30. November 2007) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 29 c. Amtshilfe und Datenbekanntgabe</p> <p>¹ Die Abteilung Migration kann im Einzelfall Dritten auf Verlangen jene Personendaten bekanntgeben, welche sie zur Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben benötigen.</p>	<p>² Das Sozialamt hat im Einzelfall der Abteilung Migration auf Verlangen jene Personendaten bekanntzugeben, die es im Rahmen des Vollzugs seiner Integrationsaufgabe bearbeitet hat.</p>	
	<p>Art. 32a Datenbearbeitung</p> <p>¹ Die kantonalen und kommunalen Behörden können Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile von Ausländerinnen und Ausländern sowie von an Verfahren nach diesem Gesetz beteiligten Dritten bearbeiten oder bearbeiten lassen, soweit sie diese Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.</p>	

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
	<p>5. Der Erlass GDB 132.1 (Gesetz über den Kantonsrat [Kantonsratsgesetz] vom 21. April 2005) (Stand 1. März 2015) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 30 b. Rechtspflegekommission</p> <p>¹ Die Rechtspflegekommission, unter Vorbehalt besonderer gesetzlicher Regelungen:</p> <p>a. übt die Oberaufsicht über die Rechtspflege (Gerichtsbehörden, Strafuntersuchungsbehörden, Steuerrekurskommission, Betreibungs- und Konkursamt, Schlichtungsbehörde) und den Datenschutz, eingeschlossen Budget und Rechnung, aus;</p> <p>b. berät die Anträge zur Wahl der Staatsanwaltschaft und der Steuerrekurskommission vor und bereitet die Wahl der Gerichtspräsidien vor;</p> <p>c. berät die Erlasse der Gerichtsorganisation und der Rechtspflege vor;</p> <p>d. berät vor oder entscheidet über Begnadigungsgesuche;</p> <p>e. berät vor oder beantwortet Petitionen;</p> <p>f. berät Einbürgerungsgesuche vor;</p> <p>g. berät Erläuterungen (authentische Interpretationen) der Kantonsverfassung und Gesetzgebung vor;</p> <p>h. stellt Antrag für die Wahlerwahrung bei Vorliegen von Wahlbeschwerden;</p>	<p>f. berät Einbürgerungsgesuche vor <u>und erteilt Zusicherungen des Kantonsbürgerrechts;</u></p>	<p>a. übt die Oberaufsicht über die Rechtspflege (Gerichtsbehörden, Strafuntersuchungsbehörden, Steuerrekurskommission, Betreibungs- und Konkursamt, Schlichtungsbehörde), <u>die Einbürgerungskommission</u> und den Datenschutz, eingeschlossen Budget und Rechnung, aus;</p> <p>b. berät die Anträge zur Wahl der <u>Einbürgerungskommission, der Staatsanwaltschaft</u> und der Steuerrekurskommission vor und bereitet die Wahl der Gerichtspräsidien vor;</p> <p>f. <i>Aufgehoben</i></p>

Geltendes Recht	Grundentwurf	Variante Arbeitsgruppe mit Untervariante Regierungsrat
<p>i. behandelt Beschwerden, soweit der Kantonsrat in der Gesetzgebung als Beschwerdeinstanz bezeichnet wird, sowie Aufsichtsbeschwerden gegen den Regierungsrat, das Obergericht und das Verwaltungsgericht oder deren Mitglieder;</p> <p>k. beantragt Schadenersatz- und Rückgriffsansprüche gegen Mitglieder des Kantonsrats, des Regierungsrats und der Gerichte gemäss Haftungsgesetz.</p>		
	<p>6. Der Erlass GDB <u>643.11</u> (Verordnung zum Allgemeinen Gebührengesetz vom 21. April 2005) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 5 Staatskanzlei</p> <p>¹ Für die Staatskanzlei gelten folgende Gebührenansätze (Beträge in Fr.):</p> <p>1. Ausfertigung einer Bürgerrechtsurkunde 20.– bis 100.–</p> <p>2. Beglaubigung für das Ausland oder Ausstellung einer Apostille 20.– bis 50.–</p> <p>3. Rechtskraftbescheinigung 30.– bis 150.–</p>	<p>1. <i>Aufgehoben</i></p>	
	<p>II.</p>	
	<p>Der Regierungsrat bestimmt, wann die Revision der Bürgerrechtsgesetzgebung in Kraft tritt.</p>	